

1. Die griechische Regierung verhandelt mit dem Ziel einer gemeinsamen Vereinbarung, welche gemeinsame Voraussetzungen [conditionality] beinhaltet. Sie hat ihren Vorschlag vorgelegt, der sich auf Folgendes konzentriert:

**** Niedrige primäre Haushaltsüberschüsse**, insbesondere im laufenden Jahr und in 2016, so dass der Mechanismus der Reproduktion der Kürzungsprogramme durchbrochen werden kann.

**** Keinerlei erneute Kürzung von Löhnen und Renten**, in einer Höhe also, welche die gesellschaftliche Ungleichheit zuspitzen und die Wirtschaft wieder in eine Spirale des Konjunkturrückgangs führen würde.

**** Umstrukturierung der Staatsschulden.**

**** Starkes Investitionsprogramm [Wachstumspaket].**

2. Die Regierung ist nach den Kontakten mit Merkel, Hollande, Juncker und anderen europäischen Amtsinhabern, wie vereinbart, zu einer Intensivierung der Verhandlungen bereit, so dass die Vereinbarung in Kürze zum Abschluss gebracht werden kann. Deshalb wird sie die Arbeit an den verbleibenden Themen, wie Haushalt und Nachhaltigkeit der Schulden, fortsetzen.

3. Die griechische Seite hat wiederholt erklärt, dass die Verhandlungen auf technischer Ebene und in der Brussels Group abgeschlossen seien und dass **„die Verhandlung auf politischer Ebene noch fortgesetzt wird“** [G. Sakellariadis, 08.06.2015]. Der IWF hat selbst anerkannt, so wie auch sein Sprecher Jerry Rice erklärte, dass **die Gespräche in Brüssel tatsächlich auf politischer Ebene geführt werden**, in die er nicht involviert werden will - **„wir sind keine politische Institution, wir sind eine technische Institution“**, war der genaue Wortlaut seiner Aussage. Eine Aussage, die sowohl auf **eine innere Dissonanz unter den Institutionen als auch auf den vom IWF auf seine Partner [Kommission und EZB] ausgeübten Druck hinweist, wieder auf den „rechten Weg“ der technischen Verhandlungen zurückzukehren**. J.C. Juncker hat die Devise bereits übernommen, denn er erklärte [France Culture, 12.06.2015] dass die **„Verhandlungen wieder aufgenommen werden, zuerst auf technischer Ebene, dann auf politischer“**, damit sich der IWF „wieder beruhigt“. Um den Druck auf die griechische Seite aufrecht zu erhalten, fügte er natürlich hinzu, dass „eine Vereinbarung in den nächsten Tagen nötig ist. Der Ball liegt im griechischen Feld“.

4. Demzufolge bedeutet die Nichtteilnahme des IWF an der politischen Verhandlung nichts weiter als Druck auf alle - Kommission, EZB und Griechenland. So wie es Jerry Rice auch tatsächlich klarstellte: **„Der IWF verlässt den Verhandlungstisch niemals“**, und wenn nötig, dann kehrt er zu den Verhandlungen zurück. Möglicherweise glaubt der IWF, dass es die beste Lösung sein könnte, das bisher von ihm ausgegebene Geld einzufordern und aus dem Griechenlandprogramm auszusteigen. Er übt also Druck in alle Richtungen aus – und besonders auf Berlin – mit dem Ziel unnachgiebige politische Maßnahmen in Griechenland durchzusetzen, um sein Geld zu sichern.

5. Der Sprecher des IWF, Herr Rice, äußerte sich auch über **die Höhe der Renten in unserem Land**. Doch die Daten bestätigen ihn nicht. Die mittlere Rente (unterschieden nach Art der Rente) beträgt in Griechenland bei den Hauptrenten 664,69 Euro und bei den Zusatzrenten 168,40 Euro. Genauer gesagt erhalten 44,8% der Rentner [1.189.396 von insgesamt 2.654.784] eine monatliche Rente, die unterhalb der konstanten relativen Armutsgrenze von 665 Euro liegt. Anzumerken ist allerdings, dass der Durchschnitt der monatlichen Renten in Griechenland und Deutschland ungefähr auf gleichem Niveau liegt.

6. Der Haushaltsplan sieht zur **Deckung des Defizits bei den Renten** Ausgaben von 9% des BIP vor

[Herr Jerry Rice nannte 10%], während es in Deutschland 3% des BIP sind. Dennoch liegt der Unterschied bei gerade einmal 1,5 Prozentpunkten, denn von den 9% des BIP stammen 4,55% aus der dreiteiligen Finanzierung und nur die übrigen 4,45% aus staatlichen Zuschüssen zur **Deckung des Defizits** des Rentensystems [Daten aus dem Ageing Report 2012].

7. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Griechenland liegt für Männer bei 63 Jahren und für Frauen bei 59 Jahren. In Deutschland ist es für Männer identisch [63. Lebensjahr] und für Frauen das 62. Lebensjahr [Daten OECD, Pensions at Glance 2011]. Herr Jerry Rice hatte behauptet, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter um sechs Jahre höher liegt als in Griechenland...